

Vorlage Nr. IV/7/2022  
für den Magistrat

Anzahl Anlagen: 0

## Einführung eines Jugendparlaments

### A Problem

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 31.08.2017 den Grundsatzbeschluss „Jugendparlament (JStVV) in Bremerhaven einführen“ gefasst, siehe anliegenden Antrag AT 19/2017.

Nachdem in der 19. Wahlperiode seitens des federführenden Vorstands der Stadtverordnetenversammlung eine Reihe von Gesprächen zu diesem Thema geführt wurden, am 26.03.2019 eine Auftaktveranstaltung unter Beteiligung von Jugendlichen durchgeführt wurde und vom Amt für Jugend, Familie und Frauen ein erster Konzeptentwurf entwickelt wurde, musste das Projekt zu Beginn der neuen Wahlperiode bedingt durch einen Personalwechsel und der sich anschließenden Kontaktbeschränkungen aufgrund der Corona Pandemie zunächst zurückgestellt werden. In 2021 wurden dann die Gespräche erneut aufgenommen. Das Dezernat IV wurde vom Vorstand der Stadtverordnetenversammlung um die Überarbeitung des Konzeptentwurfs gebeten.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen für die Jahre 2022 und 2023 wurden mit Änderungsantrag Ä-AT 8/2021 der Fraktionen SPD/CDU/FDP Haushaltsmittel für die Einsetzung und die Arbeit eines Jugendparlaments in die Haushalte (Ausschussbereich 9) eingestellt.

Der Konzeptentwurf Jugendparlament wurde der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 10.02.2022 zur Kenntnis vorgelegt (siehe Anlage). Die Stadtverordnetenversammlung beschloss das Jugendparlament auf Grundlage des vorliegenden Konzeptes und übertrug die Zuständigkeit für die Vorbereitung, Durchführung und fachliche Begleitung des Jugendparlaments an das Dezernat IV und den zuständigen Fachausschuss für Jugend, Familie und Frauen.

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 10.02.2022:

- *Die Stadtverordnetenversammlung nimmt das Konzept „Jugendparlament Bremerhaven 2022“ zur Kenntnis.*
- *Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Einführung eines Jugendparlaments auf Grundlage des vorliegenden Konzeptes.*
- *Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Aufgaben und das weitere Verfahren in die Verantwortung des Ausschusses für Jugend, Familie und Frauen zu übertragen.*
- *Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, eine Vollzeitstelle „Fachkraft Jugendparlament“ im Bereich des Amtes für Jugend, Familie und Frauen einzurichten*
- *Die Stadtverordnetenversammlung bittet das Dezernat IV, die notwendigen organisatorischen und planerischen Maßnahmen einzuleiten und umzusetzen.*

- *Die Stadtverordnetenversammlung bittet das Dezernat. II, die Mittelübertragung vom Büro der Stadtverordnetenversammlung zum Amt für Jugend, Familie und Frauen vorzunehmen.*

### **B Lösung**

In Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 10.02.2022 erfolgt die fachliche Anbindung des Jugendparlamentes an das Dezernat IV und wird der Abteilung Jugendförderung im Amt für Jugend, Familie und Frauen zugeordnet.

Die Vorbereitungen zur Gründung des Jugendparlaments und zur Schaffung der organisatorischen und personellen Voraussetzungen haben unmittelbar im Zuge des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung begonnen.

### **C Alternativen**

Keine

### **D Auswirkungen des Beschlussvorschlags**

Personalwirtschaftliche Belange sind betroffen, da die Stadtverordnetenversammlung beschlossen hat, eine Vollzeitstelle „Fachkraft Jugendparlament“ im Bereich des Amtes für Jugend, Familie und Frauen, Abteilung Jugend- und Frauenförderung einzurichten. Darüber hinaus werden ebenfalls die Mittel für ein selbstverwaltetes Budget und einem Etat für Sachkosten dem Amt für Jugend, Familie und Frauen, Abteilung Jugend- und Frauenförderung übertragen.

### **E Beteiligung / Abstimmung**

entfällt. Die Beteiligung der Mitbestimmung ist eingeleitet. Der Ausschuss für Jugend, Familie und Frauen und der Personal- und Organisationsausschuss werden nachfolgend in Kenntnis gesetzt.

### **F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG**

Für eine Veröffentlichung geeignet. Die Veröffentlichung erfolgt gemäß den Vorschriften des BremIFG.

### **G Beschlussvorschlag**

Der Magistrat beschließt die Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung und stimmt der Einrichtung einer Vollzeitstelle zur Einrichtung eines Jugendparlamentes als überplanmäßig anerkannten Bedarf zu. Das Amt für Jugend, Familie und Frauen wird zu gegebener Zeit einen Antrag zum Stellenplan 2024/25 stellen.

Frost  
Stadtrat